«Parteien schlagen oft vor, was ihnen nützt»

Der Politologe Andreas Ladner hält es für angebracht, die Organisation des Bundesrats und der Departemente zu überdenken. «Ein Präsidialamt über mehrere Jahre wäre sinnvoll», sagt er.

INTERVIEW VON **EVELINE RUTZ**

Der Bundesrat hat gestern an einer Klausursitzung über Reformen diskutiert. Denken Sie, dass er gewillt ist, an seiner Organisation etwas zu ändern?
Andreas Ladner: Was die Neuordnung der Departemente betrifft, ist dies sicher der Fall. Bundespräsidentin Doris Leuthard hat dies jedenfalls angekündigt. Und mit Didier Burkhalter sollte die Möglichkeit entstanden sein, in dieser Frage einen Schritt weiter zu kommen. Was die Organisation des Bundesrates selbst anbelangt, kann man wohl nicht allzu viel erwarten.

Demnach ist eine Neuordnung der Departemente bislang daran gescheitert, dass sich einzelne Bundesräte nicht bewegen wollten?
Ladner: Es ist klar: Jemand, der schon lange in einem Departement ist, ist weniger bereit, sich zu verändern, als jemand, der neu ist. Es geht darum, Einfluss abzugeben. Man kann gewisse Projekte nicht mehr selbst weiterverfolgen. Da ist ein Wechsel des Departementsvorstehers sicherlich eine Chance. Ich denke beispielsweise an den Bereich der Bildung, in dem man nun weiterkommen könnte.

Und der Bundesrat selbst? Er ist in letzter Zeit international stark unter Druck geraten. Sind die Krisen um die UBS, den Finanzplatz und Libyen nicht Grund genug, um über Veränderungen nachzudenken?
Ladner: Es ist tatsächlich einiges zusammengekommen, das die Frage aufdrängt, ob sich der Bundesrat nicht besser organisieren könnte. Andererseits muss man bedenken, dass unsere politischen Institutionen historisch gewachsen sind. Sie greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Daher gibt es immer gute Gründe gegen punktuelle Veränderungen.

Die Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments haben am Dienstag die strategische Führung des Bundesrats kritisiert. Im Flugzeug der Eidgenossenschaft fehle der Pilot, bemängelten sie. Teilen Sie diese Einschätzung?
Ladner: Ja, die teile ich. In der Schweiz haben wir das Problem, dass diese Piloten nicht alle in der gleichen Partei sind. Daher haben sie unterschiedliche Vorstellungen davon, wohin die Reise gehen soll. Das macht den Wunsch nach einer stärkeren strategischen Führung zu einem nicht ganz einfachen Unterfangen.

Mehrere Parteien schlagen vor, das Amt des Bundespräsidenten zu stärken und den einjährigen Turnus abzuschaffen. Wäre das eine Lösung?
Ladner: In der Aussenpolitik wäre es hilfreich, wenn der Bundespräsident nicht nur ein Jahr im Amt wäre. So müssten sich ausländische Staatsgäste nicht immer erst informieren, wen sie treffen. Ob der Bundespräsident allerdings ein oder zwei Jahre im Amt ist, macht keinen grossen Unterschied.

Dieser Vorschlag würde also wenig bewirken?
Ladner: Mit sachlichen Argumenten hat dieser Vorstoss wenig zu tun. Er ist im besten Fall Realpolitik. Es geht darum, dass jede Partei irgendwann einmal an der Reihe ist.

Wie sähe eine sachliche Lösung aus?
Ladner: Ich denke an ein Präsidialamt, das ein Bundesrat mehrere Jahre lang ausüben könnte, wenn er seine Sache gut macht. Wer das Amt übernimmt, sollte meiner Meinung nach der Bundesrat selbst entscheiden. Wäre das Parlament dafür zuständig, käme es zu parteipolitischen Manövern.

Wäre es sinnvoll, das Amt des Bundespräsidenten stärker mit dem Aussendepartement zu verknüpfen?
Ladner: Wieso nicht? Das wäre ein gangbarer Weg. Die Aussenpolitik hat an Bedeutung stark zugenommen. Dem könnte man so Rechnung tragen.

Müsste man den Bundespräsidenten auch mit zusätzlichen Kompetenzen ausstatten, damit er bei Verhandlungen im Ausland gewisse Zusagen machen kann?
Ladner: Es muss nicht unbedingt ein Hindernis sein, dass ein Bundespräsident in Verhandlungen nicht alles gleich selbst bestimmen kann. Im Gegenteil: Wenn er es geschickt macht, kann dies seine Position stärken. Er kann vor Ort äussern, dass er etwas für bedenkenswert hält, und sich dann in Ruhe mit seinen Kollegen besprechen. Die Vorstellung, dass der Bundespräsident nach durchdiskutierten Nächten aus dem Bauch heraus etwas entscheiden muss, ist etwas abenteuerlich. Sie hat mit der heutigen Diplomatie wenig zu tun.

«Ob der Bundespräsident ein oder zwei Jahre im Amt ist, macht keinen Unterschied»

Andreas Ladner
Politologe

Die Grünen fordern, dass die Zahl der Bundesräte auf neun erhöht wird. Wäre dies eine Verbesserung, oder geht es mehr darum, dass die Grünen selbst einen Bundesrat möchten?
Ladner: In 90 Prozent der Fälle bleibt der Verdacht, dass die Parteien vor allem Vorschläge machen, die ihnen nützen, und es ihnen weniger um die Institutionen geht. Der Bundesrat klagt darüber, zu stark belastet zu sein. Unsere Bundesräte sind für grosse Departemente zuständig, deren Aufgaben im Ausland mehrere Minister übernehmen. Der Vorschlag, die Zahl der Departemente zu erhöhen, ist also nicht einfach an den Haaren herbeigezogen. Er ist nachvollziehbar.

Man fragt sich, wie ein einzelner Bundesrat derart viele Bereiche führen kann. So sind im Departement des Innern unter anderem die Gesundheit, die Sozialversicherungen und die Kultur angesiedelt.
Ladner: Ja, das ist das grosse Mysterium. Wir hatten 1848 sieben Bundesräte, die noch nicht so wahnsinnig viel zu tun hatten. Und heute haben wir immer noch sieben Bundesräte. Es kommt natürlich darauf an, was man von einem Bundesrat erwartet. Wie weit soll er strategisch und wie weit operativ tätig sein?

Könnte der Bundesrat durch Staatssekretäre entlastet werden?
Ladner: Es fragt sich, auf welcher Ebene man diese ansiedeln würde. Nehmen wir die Verhandlungen mit dem Ausland: Da wäre es natürlich so, dass ein Minister nicht mit jemandem aus der Verwaltung verhandeln möchte. Also müsste man die Ministerebene verstärken und eine Art Kabinett schaffen. Damit würde jedoch einfach eine zweite Ebene eingeführt, was die Arbeit der Regierung nicht unbedingt vereinfachen würde.

Wäre es Ihrer Meinung nach sinnvoll, die Amtszeit eines Bundesrates beispielsweise auf zwölf Jahre zu beschränken?
Ladner: Dieser Vorschlag kommt immer dann, wenn man jemanden loswerden möchte. An sich hat es das Parlament schon heute in der Hand, jene zu wählen, die ihre Sache gut machen.

Der Bundesrat besteht heute aus sieben Departementsvorstehern. Bild pd

Reformideen Bundesrat widmet dem Thema eine Klausursitzung; neue Vorstösse der Parteien

BERN Der Bundesrat hat sich gestern an einer Klausursitzung mit dem Thema «Staatsleitungsreform sowie Reform der departementalen Gliederung» befasst. Er informierte die Medien allerdings nicht über den Inhalt der Gespräche. Zahlreiche Reformvorschläge kommen seit Jahren immer wieder aufs Tapet. 1996 hat es das Volk abgelehnt, Staatssekretäre zu schaffen, welche die Bundesräte im Parlament und im Ausland vertreten. 2004 scheiterte eine Modell mit delegierten Ministern bereits im Nationalrat. Die Krisen um die UBS, das Bankgeheimnis und die Libyen-Affäre haben dem Bundesrat viel Kritik eingetragen. Das Gremium müsse inhaltlich und kommunikativ geschlossener agieren, hiess es. Es brauche mehr Leadership.

Die Grünen und die FDP haben ihre Forderungen bereits vorgestellt, CVP und SP arbeiten an Positionspapieren. Die SVP sieht keinen Reformbedarf, will dem Bundesrat jedoch mit einer Volkswahl zu starken Persönlichkeiten verhelfen. *(eru)*

Journal

Einlegerschutz wird definitiv auf 100 000 Franken erhöht

BERN Bei Bankenpleiten sollen Sparguthaben definitiv bis 100 000 Franken geschützt sein. Der Bundesrat will diese Regelung ins Dauerrecht überführen. Auf die grundsätzliche Änderung des Systems zur Sicherung der Einlagen verzichtet er aber. Seine Vorschläge für ein neues Sicherungssystem mit einer Bundesgarantie seien in der Vernehmlassung auf Ablehnung gestossen. Es sei nicht sinnvoll, den funktionierenden, sich selbst regulierenden Einlegerschutz zu verstaatlichen.

Zulassung für Medikamente wird vereinfacht

BERN Das Heilmittelinstitut Swissmedic darf sich bei der Zulassung von Medikamenten künftig auch auf Gutachten aus dem Ausland abstützen. Der Bundesrat hat gestern die Arzneimittelverordnung entsprechend geändert. Im Ausland bereits nach gleichwertigen Vorgaben zugelassene Arzneimittel werden demnach in der Schweiz vereinfacht zugelassen.

Guantánamo-Häftlinge sind nun im Jura

Aviatikfans sind begeistert: Unerwartet ist in Kloten eine Maschine der US-Airforce gelandet. Die freigelassenen Uiguren waren an Bord.

VON **OLIVER GRAF**

KLOTEN «Hot News» meldete am Dienstag ein registrierter Nutzer im Internetforum der IG Luftfahrt Schweiz. Und die heisse Nachricht lautete: «USAF KC-10 Extender 90434 (DC-10) steht auf den W-Standplätzen, kam mit 45 min Verspätung aus Tibilis TBS auf der Piste 16.»

Was für nicht Eingeweihte kryptisch tönt, löste bei Aviatikfans Begeisterung aus. Denn auf dem Flughafen Zürich, so der Inhalt der News, war eine US-Airforce-Maschine gelandet. Bei der KC-10 handelt es sich um eine umgebaute Militärmaschine, die andere Flieger in der Luft betanken und als Frachtmaschine dienen kann, wie das Onlineportal Newsnetz berichtete. Auf dem Flughafen Zürich ein «ungewohntes Bild» und ein «absolutes Special», freuten sich die «Planespotter», die mit ihren Kameras alle Flugzeuge im Bild festhalten. Bis gestern waren bereits Dutzende Fotos der KC-10, wie sie bewacht auf dem Standplatz Whisky des Flughafens steht, auf den Fanseiten im Internet hochgeladen.

Doch was macht eine Militärmaschine hier? Für die «Planespotter» ist dies eigentlich eine nebensächliche Frage («warum, weiss ich nicht, aber ich beklage mich nicht über dieses Highlight», schreibt einer der Aviatikfans).

Die Antwort liegt angesichts der weltpolitischen Geschehnisse aber auf der Hand. Die Maschine, die gestern Nachmittag den Flughafen Zürich wieder verlassen hat, kam aus Tiflis. Und nach Georgien hatten die US-Behörden gerade drei ehemalige Guantánamo-Häftlinge ausgeflogen, wie die Nachrichtenagenturen gestern meldeten. Und gestern wurde auch bekannt, dass die beiden «Schweizer» Guantánamo-Insassen in ihrem neuen Wohnort im Kanton Jura angekommen sind (siehe Kasten rechts).

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement will nicht offiziell bestätigen, dass die beiden Uiguren mit der US-Luftwaffe in die Schweiz geflogen wurden. Es will keinerlei Hinweise geben, die Rückschlüsse auf den Aufenthaltsort der beiden freien Bürger möglich machen. Von jurassischer Seite wurde der Flug indes bestätigt.

Jura Parlamentarier quittierten die Ankunft der beiden Uiguren im Kanton mit Applaus

DELSBERG Gestern gab Regierungspräsident Charles Juillard in Delsberg im jurassischen Parlament bekannt, dass die beiden Männer am Dienstag im Jura angekommen seien. Die Abgeordneten antworteten mit Applaus. Die Brüder gewöhnten sich sehr gut ein, berichtete Juillard. Der Kanton wolle ihnen nun etwas Ruhe verschaffen und deshalb vorläufig keine weiteren Informationen abgeben. Auch wo die beiden ehemaligen Häftlinge untergebracht sind, sagte Juillard nicht. Die Männer werden von einer Organisation unterstützt, die Migranten hilft. Die Kosten für die Aufnahme übernehmen zu einem guten Teil die USA, wie Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf Anfang Februar sagte. Für den Rest kommt die Eidgenossenschaft auf, bis die Brüder finanziell auf eigenen Beinen stehen. Insgesamt hat die Schweiz drei Häftlingen aus Guantánamo humanitäre Aufnahme gewährt. Es handelt sich um die uigurischen Brüder und einen Usbeken, der seit Anfang Jahr im Kanton Genf lebt. *(sda)*